

Sparpaket (Kürzungspaket) der Bundesregierung

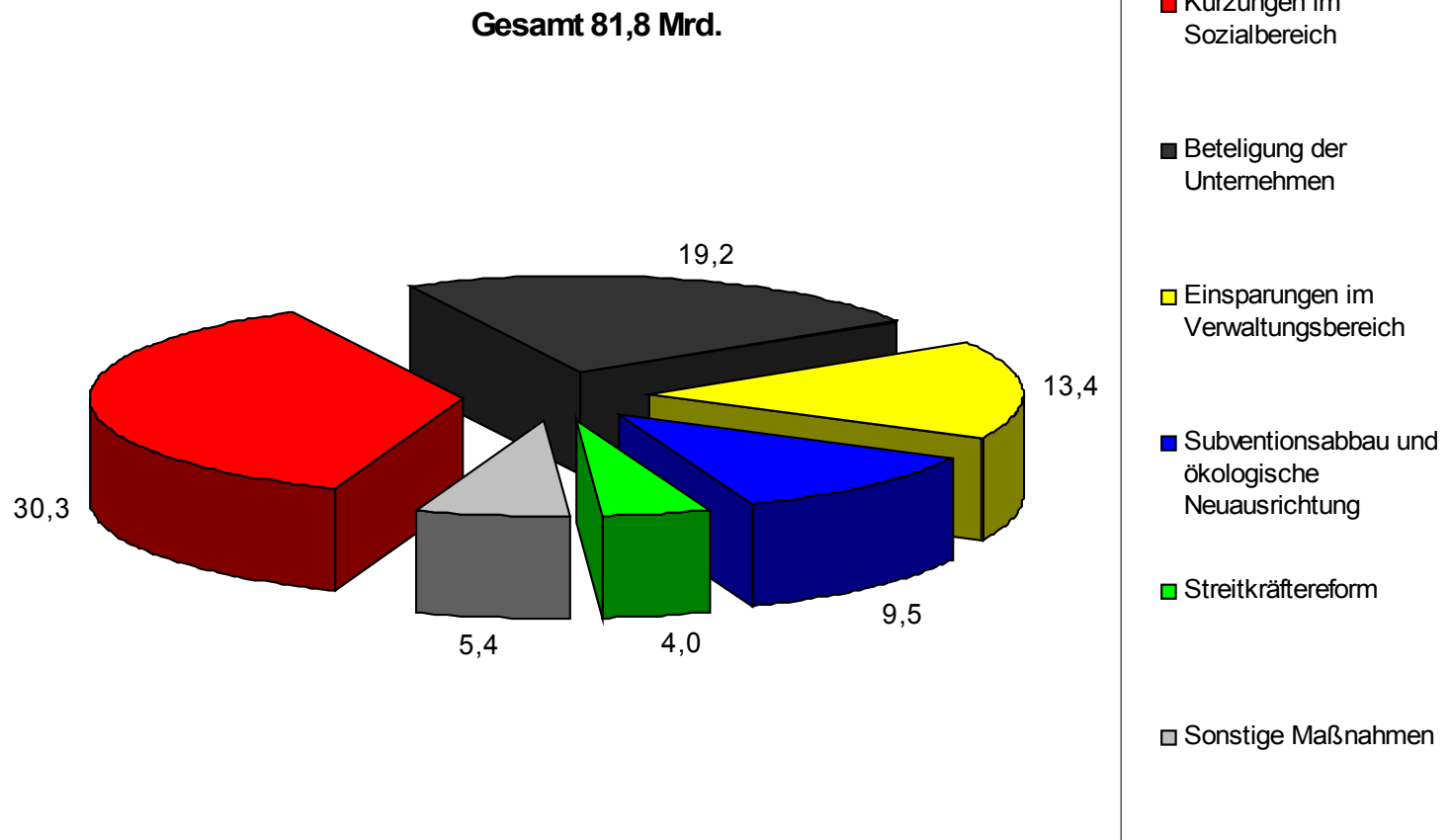
Definition des Wortes Sparen:

Sparen ist das Zurücklegen *momentan freier Mittel* zur späteren Verwendung. Häufig wird durch wiederholte Rücklage über längere Zeit ein Betrag aufsummiert, der dann für eine größere Anschaffung verwendet werden kann.

Kürzungspaket

- Zwischen 2011 und 2014 sollen insgesamt 81,8 Mrd. € „eingespart“ werden
 - 11,2 Mrd. € im Jahr 2011
- Finanzierung des Pakets fast ausschließlich durch Ausgaben senkung
- Vor allem Einsparung im Sozialbereich vorgesehen
- Vermögende und „Verursacher“ der Finanzkrise werden größtenteils verschont
 - Kein Beitrag zur Konsolidierung!!
 - Sog. Restrukturierungsfond
- Weiterer Abbau Stellen im öffentlichen Dienst
- Ab dem Jahr 2016 will die Bundesregierung keine neuen Schulden erzeugen
- **Mit weiteren Einschnitten ab 2015 ist daher zu rechnen**

Kürzungspaket



Kürzungspaket

Wichtigste Kürzungen im Überblick:

- Pflichtleistungen der Arbeitsmarktpolitik werden Ermessensleistungen
 - Berufsfördernde Maßnahmen, Weiterbildungen, Qualifizierungen, Umschulungen davon betroffen
 - Führt zu Verschlechterungen der Vermittlungschancen
- Streichung der Zuschläge zum ALG II
 - Übergang ALG I: 160 € im 1. und 80 € im 2. Jahr
- Beitragszahlung zur Rentenversicherung fällt weg
 - Rentenansprüche sinken
 - Grundsicherung zu Lasten der Kommunen

Kürzungspaket

- Abschaffung des Erziehungsgeldes in Höhe von 300 € für Langzeitarbeitslose
 - Betrifft ca. 650.000 Alleinerziehende
- Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger
 - Begründung: sinkende Energiepreise
- Öffentliche Verwaltung muss „schlanker“ werden
 - 7% Ausgaben für öffentliche Haushalte im Moment (europäischer Schnitt 10,5%)
 - Streichung von 15.000 Stellen mit einem Volumen von ca. 3,2 Mrd. €

Kürzungspaket

- Es gibt Überlegungen die Gewerbesteuer abzuschaffen
 - Wichtigste Einnahmequelle der Kommunen
- Ausgleich über kommunalen Hebesatz der Lohn- und Einkommenssteuer
 - Würde wieder die lohnabhängigen Beschäftigten treffen
 - Kommunen treten in gegenseitige Konkurrenz
- Einnahmen und somit Investitionsmöglichkeiten sinken
 - Krankenhäuser, Schulen, Öffentlicher Nahverkehr, ...

Kürzungspaket

Weitere Auswirkungen des Pakets:

- Festzustellen ist, dass das Sparpaket den „Durchschnittsbürger“ indirekt trifft:
 - Höhere Preise bei der Bahn
 - Höhere Gebühren in den Kommunen
 - Schließung von öffentlichen Dienstleistungen (z.B. kommunale Büchereien, Schwimmbäder, etc.)
- Vor allem in der Arbeitsmarktpolitik extreme Einschnitte
- Druck auf Arbeitslose steigt enorm
 - Zwang sich in (prekäre) Beschäftigung zu begeben
 - Streichung von Leistungen
- Not der Kommunen nimmt weiter zu
 - Kürzung der finanziellen Mittel durch den Bund
 - Zusätzlich Verschiebung von Ausgaben Bund an Kommunen
- Zuschuss zur gesetzlichen Krankenversicherung durch Steuergelder

Kürzungspaket

Weitere Einnahmequellen durch:

- Steuerlicher Ausgleich der Atomwirtschaft
 - Sog. „Brennelementeabgabe“
 - Energiekonzerne laufen dagegen an. Daher nicht sicher ob sie tatsächlich kommen wird
- Streitkräftereform (ab 2013)
 - Vom Grundsatz her richtig. Allerdings:
 - Verkürzte Wehrpflicht wirkt auch auf Zivildienst und somit auf Pflegebranche
 - Größtenteils Personalkostensenkung
- Ökologische Luftverkehrsabgabe
- Bankenabgabe
 - „... Tropfen auf den heißen Stein!“
 - Erst ab 2012 mit 2,0 Mrd. € pro Jahr
- Abschöpfung Dividende Bahn
 - Wird Kunden der Bahn treffen. Erhöhte Ticketpreise, Unsaubere Bahnhöfe, etc.

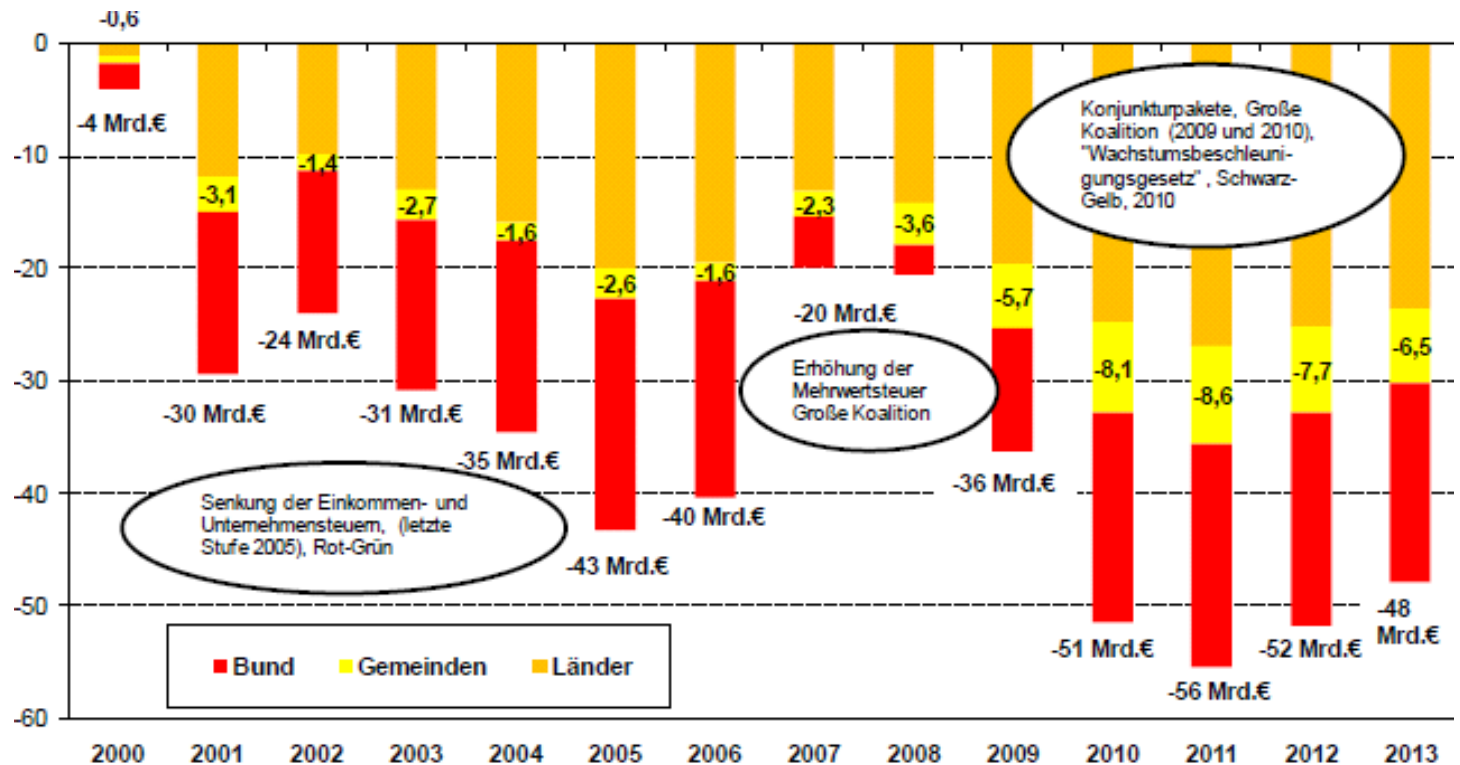
Kürzungspaket

Lösungsansätze:

- Deutschland hat in erster Linie ein Einnahmeproblem
 - Geld wird dort geholt, wo jeder einzelne Euro weh tut
- Binnennachfrage muss gestärkt werden
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- Anhebung des Spitzensteuersatzes
 - 1% bedeutet 20 Mrd. € Mehreinnahmen im Jahr
- Umlagefinanzierung für die Ausbildung
- Gesetzlicher, allgemeinverbindlicher Mindestlohn
- Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes bei Unternehmen
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- „Konzept Steuergerechtigkeit“ der ver.di hätte errechnet, dass mit o.a. Maßnahmen ca. 70 Mrd. € Steuermehreinnahmen zu rechnen wäre

Kürzungspaket

Einnahmeausfälle durch Steuerrechtsänderungen auf der Grundlage von 1998



Quelle: BMF, Berechnungen Eicker-Wolf/Truger